

# Solingen

An die  
Mitglieder der Landschaftsversammlung  
für die Stadt Solingen  
Herrn Bernd Krebs  
Frau Dorothee Daun  
Frau Martina Zsack-Möllmann  
Herrn Bernd Paßmann  
Herrn Heinz Bender

DER OBERBÜRGERMEISTER  
DER STADTKÄMMERER

Solingen, 10.03.2010

AG 12.03.10 *mp*

## Landschaftsumlage 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 03.12.2009 fand in Köln die nach § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung erforderliche Beteiligung der Mitgliedkörperschaften bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2010 statt.

Kernaussage bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs 2010 war, dass dem LVR aufgrund höherer Belastungen im sozialen Bereich bei Beibehaltung des aktuellen Umlagesatzes von 15,85 % und der Belastungen aus der Sanierung der WestLB im Jahr 2013 die Überschuldung droht. Um dem entgegenzuwirken beabsichtigt der LVR offenbar ab 2011 die Erhöhung des Umlagesatzes auf bis zu 16,9 %. Ziel sei es, so die allgemeine Rücklage und das Eigenkapital zu erhalten. Auch in 2010 soll es nunmehr entgegen den bisherigen Ankündigungen des LVR zu einer Erhöhung des Umlagesatzes um 0,15% kommen.

Zu den Pflichtaufgaben des Landschaftsverbands zählt die Finanzierung der Sozialaufwendungen. Die Kostenerhöhungen in diesem Bereich sind nachzuvollziehen. Auch die Stadt Solingen sieht sich ständig wachsenden Sozialausgaben gegenüber, die letztlich nur durch Liquiditätskredite zu finanzieren sind. Auch die anstehende Sanierung der WestLB wird deutliche Risiken beinhalten, die eine zusätzliche Kostenbelastung des LVR mit sich bringen. Allerdings ist ein reines Abwälzen dieser Mehrbelastungen auf die Kommunen durch eine Erhöhung der Umlage zu wenig. Wir vermissen beim LVR nachhaltige Sparanstrengungen, so wie sie in vielen seiner Mitgliedskommunen seit Jahren anzutreffen sind. Diese Aussage beziehen wir insbesondere auf die Kosten für „Overhead“, Verwaltung und Gebäude des Landschaftsverbandes.

Rathausplatz 1  
42651 Solingen  
Telefon 0212 - 290 3400  
Fax 0212 - 290 3402

Viele Kommunen leiden unter strukturellen Haushaltsdefiziten, die durch die internationale Wirtschaftskrise dramatisch verschärft worden sind. Die Lasten, die die kommunalen Haushalte zu stemmen haben, können durch die wegbrechenden Steuereinnahmen nicht mehr finanziert werden. Eine weitere Erhöhung des Umlagesatzes betrifft die Kommunen daher in einem nicht mehr zu vertretenden Maße.

Die Stadt Solingen zählt schon jetzt zu den Gemeinden mit drohender Überschuldung. Das Eintreten der bilanziellen Überschuldung im Finanzplanungszeitraum kann – wenn überhaupt – nur noch unter Durchsetzung weiterer einschneidender Sparmaßnahmen verhindert werden. Nicht nur in Solingen, sondern auch in anderen Mitgliedskommunen, müssen bereits öffentliche Einrichtungen, wie Schulen, Schwimmbäder, Sportanlagen oder Kultureinrichtungen geschlossen werden. Die Auswirkungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aber auch für die Beschäftigten sind in jeder Hinsicht dramatisch. Wenn es den Mitgliedskörperschaften nicht gelingt, die Überschuldung Ihrer Haushalte in absehbarer Zeit noch abzuwenden, so wird dies mit Konsequenzen in bisher nicht geadhten Ausmaßen verbunden sein.

Sehr geehrte Damen und Herren: Wir appellieren an Sie, sich zum Wohle Solingens entschieden gegen jede Erhöhung des Umlagesatzes einzusetzen! Bereits eine Veränderung des Umlagesatzes um 0,1% bedeutet eine um rd. 200.000 EUR erhöhte Landschaftsumlage für die Stadt Solingen. Die für die Folgejahre angekündigte Anhebung auf bis zu 16,9% würde für im Vergleich zum bisherigen Umlagesatz für Solingen eine Mehrbelastung von rd. 2 Mio. EUR im Jahr und somit ein zusätzliches Defizit bedeuten. Dies würde die Bemühungen der Stadt Solingen zum Erhalt eines positiven Eigenkapitals massiv gefährden.

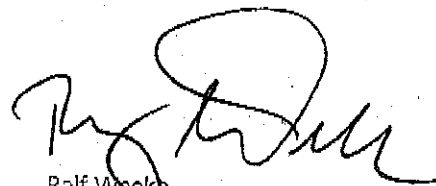
Dem enormen Kraftakt, den die Stadt Solingen zur Abwendung des finanziellen Untergangs aufbringen muss, zuletzt dokumentiert im Rahmen der Einbringung des Haushaltsbegleitbeschlusses und des Haushaltssicherungsprogramms, würde damit in erheblicher Weise entgegengewirkt.

Sehr geehrte Damen und Herren: Setzen Sie sich dafür ein, dass auch der Landschaftsverband als Teil der kommunalen Familie weitere Konsolidierungsmaßnahmen ergreift, und damit einen Beitrag zum Erhalt der Selbstverwaltung und der Handlungsfähigkeit seiner Mitgliedskörperschaften leistet!

Mit freundlichem Gruß



Norbert Feith  
Oberbürgermeister



Ralf Weeke  
Stadtkämmerer